

Technologiepolitik -Ansichten und Aussichten in den achtziger Jahren

Die Autoren arbeiten in unterschiedlichen Funktionen beim Projektträger für das NRW-Programm „Mensch und Technik-Sozialverträgliche Technikgestaltung“ am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V. (RISP) in Duisburg.

Prof. Dr. Ulrich von Alemann, geb. 1944 in Seebach/Thür., ist Professor für Politikwissenschaft an der Fern Universität Hagen und Mitglied der Projektleitung.

Joachim Liesenfeld, geb. 1958 in Koblenz, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Projektträger.

Dr. Georg Simonis, geb. 1943 in Straßburg, ist Privatdozent an der Universität Konstanz und geschäftsführendes Mitglied der Projektleitung.

Technologiepolitik hat Konjunktur. Anders als die Welle der Planungs- und Strukturpolitik der siebziger Jahre ist diese Konjunktur nicht auf ein politisches Lager, nämlich das sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierte Reformlager eines mehr oder weniger linken Keynesianismus, begrenzt. Entsprechend sind die Ziele der Technologiepolitik disparat und keineswegs in einem übergreifenden politischen Grundkonsens auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ausgerichtet. Denn diese kann kein Selbstzweck sein, sondern hat qualitativen Zielen zu dienen, wie sie beispielsweise im Motto der technologiepolitischen Konferenz des DGB „Vollbeschäftigung und Lebensqualität durch Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung“ anklingen.¹

Auch Technologiepolitik ist wie alle materielle Politik zunächst einmal interessenbezogen, was nicht heißt, daß sich ausschließlich unversöhnliche Interessen gegenüberstehen müssen. Wie in der Tarif politik sind Interessenskompromisse partiell möglich und auch praktisch nötig.

Ein weiterer Aspekt, der bedacht werden sollte, bevor die unterschiedlichen Ziele und möglichen Wege von Technologiepolitik entwickelt werden, betrifft den Stellenwert von Technologiepolitik. Trotz aller ihrer zweifellos herausragenden Bedeutung muß man im Auge behalten, daß die Technologiepolitik kein archimedischer Hebel ist oder sein wird. Sie ist eine unter und neben vielen Politiken - traditionelle Industriepolitik, Sozialpolitik, Gesellschaftspolitik, Bildungspolitik usw. Es wäre einäugig, sozio-ökonomische Krisenerscheinungen aus einem Politikbereich heraus kurieren zu wollen. Es ist auch nicht damit getan, „vernetztes Denken und Handeln“ zu fordern, da doch heute alles miteinander zusammenhänge. Nicht nur von Seiten der Grünen und der alternativen Bewegungen wird eine solche Wende im Denken verlangt. Selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) spendet diesem modischen Attribut jeder Argumentation seinen Tribut, wenn er in seinem wirtschaftspolitischen Konzept „Innovation für mehr Wachstum und Beschäftigung“ eine „Überwindung von in Partialinteressen verhafteten Denkstrukturen zugunsten eines vernetzten Denkens“ einklagt.² Im selben Absatz wird gefordert: „Die Schaffung einer kooperationsfordernden Kommunikations- und Informationsinfrastruktur ist eine prioritäre Aufgabe der Infrastrukturpolitik“. Erleichtert weiß man damit wieder, wohin die Reise gehen soll.

Alte Ziele, neue politische Rahmenbedingungen

Technologiepolitik an sich ist keineswegs neu. Selbst der Begriff „Technologie“ ist nicht so neumodisch, wie viele glauben: Ein deutsches Standardwerk mit dem Titel „Anleitung zur Technologie“ von Johann Beckmann erschien bereits 1777. Industrie- und Technologiepolitik des Staates haben gerade in

¹ Technologiepolitische Konferenz des DGB, Bonn, 12. -14. September 1985.

² Bundesverband der Deutschen Industrie, Innovation für mehr Wachstum und Beschäftigung. Ein wirtschaftspolitisches Konzept, Bonn 1986, S. 77.

der deutschen Geschichte der immer auch kameralistischen kapitalistischen Industrialisierung ihre durchgängige Tradition.

„Technologienpolitik als Strukturpolitik“ lautet der Untertitel eines nun schon fast klassischen Buches aus der Mitte der siebziger Jahre, von dem viele meist nur den Titel zitieren: „Modernisierung der Volkswirtschaft“ von Fritz Scharpf und Volker Hauff. Diese programmatische Schrift ist seitdem aus der Perspektive der kritischen politischen Ökonomie viel gescholten worden- als staatsfixierter sozialdemokratischer Reformismus der Macherära. Von der anderen Seite rieb sich die konservative Kritik an dem Staatsinterventionismus des Programms, da eine staatlich betriebene Strukturpolitik den Markt verzerre, die Bürokratie aufblähe, eine Anspruchsinflation bewirke und schließlich zur Unregierbarkeit führe. Liest man heute nach, so überraschen jedoch viele wichtige Einsichten und Vorschläge. Gleichzeitig springen die veränderten Rahmenbedingungen der Gegenwart umso stärker ins Auge. Drei Aspekte seien herausgegriffen: erstens die Globalisierung der technologienpolitischen Konkurrenz insgesamt, zweitens die technologienpolitische Föderalisierung in der Bundesrepublik und drittens der konzeptionelle Modellwechsel auf keynesianischer und auf konservativer Seite.

Mitte der siebziger Jahre gingen Scharpf und Hauff noch von der Einschätzung aus: „In dem Maße, wie die industriellen Technologien ausreifen, schließen sich nicht nur die technologischen Lücken zwischen den Industrieländern, sondern wird die Technologie der Industrieländer zunehmend übertragbar auf die weniger entwickelten Länder“.³ Internationale Konkurrenz der Industrieländer „im wesentlichen auf gleichem technologischen Niveau“ wurde prognostiziert; das hat sich ebenso als falsch erwiesen wie eine ernsthafte technologische Konkurrenz durch die Entwicklungsländer.

Die Internationalisierung der Ökonomie und der Technologienpolitik hat sich seit dem letzten Jahrzehnt nicht als Konkurrenz unter Gleichen, sondern als Verschärfung von Konkurrenzvorteilen intensiviert, polarisiert und politisiert. Die Wettbewerbsbedingungen sind durch beschleunigten technischen Wandel weltweit labiler geworden. Auch wird versucht, durch Militarisierung von Forschung und Entwicklung Konkurrenzvorsprünge zu gewinnen und zu stabilisieren.

Mit dem Scheitern der zentral organisierten Bearbeitung der regionalen Strukturprobleme ist auch innerhalb der Bundesrepublik in den letzten vier Jahren eine Verschärfung der Konkurrenz in der Technologienpolitik zu beobachten. Der Wettbewerb in der Industriepolitik, der immer schon bestand, hat sich nicht so sehr in Richtung auf das angebliche Nord-Süd-Gefälle konzentriert, sondern eher parteipolitisch polarisiert. Denn Niedersachsen wetteifert durchaus mit Berlin und Baden-Württemberg um das industriefreundlichere Investitionsklima, auch wenn der Norden die schlechteren ökonomischen Ausgangsbedingungen hat. Es hat eine Föderalisierung und Differenzierung der

³ Fritz W. Scharpf, Volker Hauff, Modernisierung der Volkswirtschaft, Frankfurt - Köln 1975, S. 21.

Formen der Technologiepolitik eingesetzt, von der selbst die Kommunen erfaßt sind.

Dieser Punkt hängt eng mit dem dritten Aspekt zusammen, dem konzeptionellen Modellwechsel. In den beiden großen politischen Lagern hat ein Wandel stattgefunden. Für das sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Reformlager ist das keynesianische Modell verblaßt. Nach der quälenden Schlußphase der SPD-geführten Regierung Schmidt sind die Grenzen des ursprünglichen Erfolgsmodells aus dem Beginn der siebziger Jahre erkannt, aber die neuen Konturen noch nicht eindeutig entwickelt worden. Es ist zu hoffen, daß die wirtschaftspolitische Debatte des Jahres 1986 hier noch für Profil sorgt.

Die konservativ-liberale Seite hat sich ebenfalls gewandelt. Eine aktive statt nur reaktive Strukturpolitik ist selbstverständlich geworden, auch wenn die reine Lehre der alles heilenden Marktkräfte insbesondere für die liberale Wählerklientel noch von Zeit zu Zeit intoniert werden muß. Die Kritik von Graf Lambsdorff an Baden-Württemberg und Bayern konnten Späth und Strauß deshalb kühl kontern: Die aktive Industrieförderung dieser Bundesländer entspricht völlig dem Technologieförderungskonzept der gemeinsamen Bundesregierung.

Technologiepolitik seit der Wende

Schaut man sich die Technologiepolitik der letzten vier Jahre in Bund und Ländern genauer an, dann kann man durchaus nicht von einer Kehrtwende ausgehen. Die sozialdemokratische Formel „Technologiepolitik als Strukturpolitik“ ist einerseits in den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition bereits nicht mehr konsequent als zweiseitiges Programm durchgesetzt worden: als industrielle Innovationsförderung und gleichzeitig als soziale Gestaltung des technischen Fortschritts, z. B. durch ein aktives Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens, das bereits seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend in die Defensive geriet.

Von konservativ-liberaler Seite konnte so an die Formel „Modernisierung der Volkswirtschaft“ leichter angeknüpft werden, seitdem sie schon nicht mehr die soziale und die industriell-innovative Modernisierung gleichgewichtig verband. Neben partieller Kontinuität⁴ kennzeichnet die neue Forschungspolitik allerdings vorrangig die Neuorientierung an den Zielen: „Freiheit der Forschung“, „Bejahung des technischen Wandels“, „Anerkennung von Leistung und Ansporn zu Spitzenleistungen“, „nur subsidiärer Einsatz öffentlicher Mittel in der Wirtschaft“, „vertrauensvolle Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik“.⁵

4 Vgl. dazu Werner Vöth, Konservative Modernisierungspolitik - ein Widerspruch in sich? Zur Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung, in: Prokla, Heft 56, September 1984, S. 51 - 66.

5 Bundesbericht Forschung 1984, hrsg. vom Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn 1984, S. 13.

Trotz des Anknüpfens an Ansätze der sozialliberalen Koalition haben sich Ziele und Wege der Forschungspolitik in der konservativ-liberalen Bundesregierung im Laufe der letzten vier Jahre eher weiter voneinander entfernt. Bei der Zielbestimmung ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, der Technologiewettlauf hinter den beiden Spitzenreitern USA und Japan, immer mehr zur konservativen Legitimationsformel geworden. Durch das SDI-Abkommen nur ja den Anschluß nicht zu verpassen, auch wenn die Bedingungen des Technologietransfers mit den USA höchst einseitig bleiben, dies ist ein wichtiger politischer Indikator für die Zielfixierung.

Als Wege zum Ziel der Wettbewerbsfähigkeit kann man folgende Komponenten herauschälen:

- Fixierung auf High-Technology als Motor jeder technologischen Entwicklung;
- Durchsetzung mittels eines neuen Bündnisses von Wissenschaft, Industrie und Staat;
- Absicherung durch Akzeptanzstrategien gegenüber der Öffentlichkeit.

Spitzentechnologien werden als die einzigen Schrittmacher der ökonomischen Entwicklung verabsolutiert. Drohende Lücken bei der Halbleitertechnologie werden als katastrophale Rückstände beklagt. Obwohl mittlerweile genügend Studien ein differenzierteres Bild des gesamten technologischen Standards der Bundesrepublik gegenüber den High-Tech-Spitzenreitern zeigen, obwohl die Exportoffensive und Revitalisierung der Wirtschaft der Bundesrepublik weltweit und insbesondere vom übrigen Westeuropa beneidet werden, wird immer wieder das Schreckensbild eines technologisch weit abgeschlagenen altindustriellen Landes an die Wand gemalt. Die Forschungspolitik der Bundesregierung setzt deshalb einseitig auf Spitzentechnologien, und nicht nur die konservativ regierten Bundesländer setzen nach. Auch Nordrhein-Westfalen hat 1984 ein Programm „Initiative Zukunftstechnologien“ aufgelegt, auf das noch ausführlich einzugehen sein wird.

Der zweite Aspekt neben der Spitzenfixierung in der Technologiepolitik betrifft das neue Bündnis aus Wissenschaft, Wirtschaft und Staat als einem konservativen Modell von Technokorporatismus. Gründerzentren, Innovations- und Technologieagenturen werden besonders in den Universitätsstädten allenthalben aus dem Boden gestampft, die Drittmittelforschung nach der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes erleichtert, alles entgegen früheren konservativen Konzeptionen einer „Freiheit der Wissenschaft“. Forschung wird als Wettbewerbspolitik instrumentalisiert.

Dieses Bündnis aus Wissenschaft, Wirtschaft und Staat, das früher besonders an dem amerikanischen militärisch-industriellen Komplex kritisiert wurde, droht das Verhältnis von Staat und Gesellschaft unter Ausschluß der Gewerkschaften zu restrukturieren. Die problematischen Konsequenzen liegen auf der Hand: Gewerkschaften und kritische Öffentlichkeit werden einem solchen Komplex von Wissen, Investitions- und Entscheidungsmacht

nur schwer entgegenwirken können. Ganz abgesehen davon zeigen gerade die Erfahrungen der Atomenergie, daß ein solches enges Bündnis, in dem die kritische unabhängige Grundlagenforschung kaum mehr stattfindet, blind für gesellschaftliche Gefahren und gerade auch ökonomische Sackgassen werden kann. Dennoch geht das konservative Lager davon aus, sämtliche gesellschaftlichen Probleme durch den Einsatz von Technik zu lösen: von der Beschäftigungskrise bis zur Umweltzerstörung.

Der gesamte Weg der konservativen Forschungspolitik, der zunehmend auch infrastrukturelle Leistungen einschließt (insbesondere die Verkabelungspolitik der Bundespost), soll schließlich durch eine Akzeptanzstrategie in der Öffentlichkeit abgesichert werden. Denn die freie Diskussion über Risiken und Chancen könnte ja auch zum Ergebnis von unerwünschten Folgen einer technologischen Ursache kommen, die es dann zu verhindern gelte. „Ein Klima der Akzeptanz und Anerkennung“ sei zu schaffen, da es bei Ängsten und Befürchtungen in der Regel um nichts anderes als um reine Informationsdefizite ginge.⁶ Deshalb ruft die Bundesregierung zur „Bejahung des technischen Fortschritts“ auf.

Das ist die Wende in der Forschungspolitik: einseitige Förderung von Spitzentechnologien, Vernachlässigung der sozialen Aspekte, Herunterfahren des HdA-Programms, Technokorporatismus durch undurchsichtige Bündnisse von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat, Absicherung durch Akzeptanzstrategien in der Bevölkerung. Gibt es Alternativen des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Reformlagers in dieser Situation? Zur Beantwortung dieser Frage sei ein Blick auf die interessanten Versuche in Nordrhein-Westfalen geworfen.

Technikgestaltung als Alternative? - Das Beispiel Nordrhein-Westfalen

Obwohl in der Bundesrepublik Deutschland also ein deutlicher Trend zu einer Technologiepolitik existiert, die vorbehaltlos auf eine weltmarktorientierte Förderung von Spitzentechnik setzt, gibt es doch einige wenige länderspezifische Vorstöße, die auf die Entwicklung alternativer Konzepte zielen. Erinnerung sei zum Beispiel an das Symposium der Hessischen Landesregierung „Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat“ und die Bremer Initiative „Arbeit und Technik“.⁷

Die „Initiative Zukunftstechnologie“ der Landesregierung von NRW geht in ihrer Umsetzungsorientierung am weitesten.⁸ Die Landesregierung hat sich weit vorgewagt, um ein den strukturellen und sozialen Besonderheiten des Landes angemessenes und sozialdemokratischem Selbstverständnis verpflicht-

⁶ Bundesbericht Forschung 1984, S. 14.

⁷ Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat, Strategien zur Wahrung der Freiheitsrechte im Computerzeitalter, Symposium der Hessischen Landesregierung, hrsg. vom Hessendienst der Staatskanzlei, Wiesbaden 1984. Der Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst der Freien Hansestadt Bremen (Hg.), Werner Fricke, Karl Krahn, Gerd Peter, Arbeit und Technik als politische Gestaltungsaufgabe, Bonn 1985.

⁸ Vgl. hierzu, Johannes Rau, Perspektiven der Technologie- und Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen, Regierungserklärung am 13. 6.1984, und Bericht einer Arbeitsgruppe der Landesregierung Zukunftstechnologien in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1984.

tetes Profil zu gewinnen. Nicht nur Technikförderung an der Spitze und in der mittelständischen Breite, sondern auch eine sozial verträgliche Technikgestaltung in der Tiefe ist ihre Devise. „Ich will als besonderen Akzent das Programm zur sozialverträglichen Technologiegestaltung hervorheben. Denn alle neuen Technologien müssen sozial beherrschbar gemacht werden. Das ist unser Anspruch“, so Johannes Rau bei der Vorstellung der Gesamtinitiative am 3. Oktober 1984 in Oberhausen.⁹

Sicherlich, auch NRW will und kann sich Struktur- und technologiepolitisch nicht davon freimachen, daß seine Betriebe und Arbeitsplätze in hohem Maße exportabhängig sind. Bereits frühere Förderprogramme der Landesregierung wie das „Technologieprogramm Wirtschaft“, die „Technologieprogramme Energie, Stahl und Bergbau“ und das „Aktionsprogramm Ruhrgebiet“ haben durch technikfördernde Maßnahmen dazu beigetragen, aus NRW ein im Ländervergleich durchaus auch in Zukunftstechnologien führendes Land zu machen. Doch Technologieförderung allein genügt nicht. Die besonderen Struktur- und Arbeitsbedingungen, in denen sich noch heute die industriellen Altlasten abbilden, erfordern ein umfänglicheres Programm. Die „Initiative Zukunftstechnologien“ besteht aus vier Schwerpunkten:

1. Das Programm Zukunftstechnologien mit acht ausgewählten Technologiebereichen, die auf die besonderen Bedürfnisse Nordrhein-Westfalens ausgerichtet sind.
2. Das Nordrhein-Westfalen-Programm zur sozialverträglichen Technikgestaltung, das Technikbewertung und -analyse umfaßt.
3. Die Förderung des Technologietransfers für kleine und mittlere Unternehmen durch das Zentrum für Innovation und Technik in Nordrhein-Westfalen, allmählich schon bekannt geworden unter dem Namen ZENIT.
4. Die technologisch orientierte Forschungspolitik in den acht ausgewählten Bereichen.

Das Programm kombiniert Bewährtes mit Neuem. Zum einen werden die bekannten Zukunftstechnologien gefördert (Umwelttechnologien, Energietechnologien, Mikroelektronik, Meß- und Regeltechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Biotechnologien, Humanisierungstechnologien und Werkstofftechnologien). Auch den kleinen und mittleren Unternehmen wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Zum anderen wird durch das Programm „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ die soziale Dimension von Technik betont.

„Wir brauchen gesellschaftlichen Konsens darüber, welche neuen Technologien wir wollen und welche nicht, welche wir fördern und welche nicht. Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch gesellschaftlich erwünscht“, begründet Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1986 die

⁹ Nordrhein-Westfalen Initiative Zukunftstechnologien, Dokumentation der Veranstaltung der Landesregierung vom 3.10.1984 in Oberhausen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1984, S. 26.

Absicht der Landesregierung, an die Informations- und Kommunikationstechnologien in der Tiefe ihrer gesellschaftlichen Anwendungen das Kriterium ihrer Sozialverträglichkeit anzulegen.¹⁰ Und gerade hiermit verleiht NRW seiner technologischen Zukunft die spezielle Note. Während im Bund und in den konservativ regierten Ländern der Tenor herrscht, dem Menschen müsse die Einsicht in den pauschal als positiv vorgegebenen Charakter der Technik vermittelt werden - Akzeptanzförderung -, stellt NRW diesen Fortschrittsmythos in Frage. Im umgekehrten Sinne wird die Gesellschaft und zuallererst die Arbeitnehmerschaft dazu aufgefordert, den Beitrag der Technik für den sozialen Fortschritt zu hinterfragen und sich an der sozialen Gestaltung der technologischen Zukunft zu beteiligen.¹¹

Dieser innovative Programmcharakter speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Zum ersten sind es die positiv gewendeten Erfahrungen mit dem HdA-Programm: Die humane Gestaltung der Arbeitswelt kann nicht allein durch Technikförderung, sondern muß auch durch deren Integration in eine soziale Arbeitspolitik vorangebracht werden. Daraus folgt zweitens für eine Politik der Technikgestaltung, daß ihre Realisierung nur gelingen kann, wenn diejenigen, die mit Technik umgehen, auch über sie mitbestimmen können. Dies meint sowohl die Erweiterung der gesetzlich verbrieften betrieblichen Mitbestimmung als auch die unmittelbare Partizipation der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz. Zum dritten geht in das Programm die Überzeugung ein, daß die Informationstechniken nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch im alltäglichen Leben, wo sich zunehmende Anwendungen ergeben, gestaltet werden können und müssen. Schließlich und viertens kann das Wort von der Gestaltung nur Bedeutung gewinnen, wenn praktische Modelle und Alternativen im Diskurs entwickelt und Interessenkonflikte ausgetragen werden: „Von der Technikförderung zur Technikgestaltung“ so könnte man den programmatischen Kurs der Landesregierung von NRW zusammenfassen. Ist das ein mit Erfolg eingeschlagener Kurs?

Erfolgsaussichten nordrhein-westfälischer Technologiepolitik

Wenn die konservative Orientierung Technikförderung heißt, dann ist sie sich immer ihres hoheitlichen Ausgangspunktes bewußt. Wenn in NRW mehr die Sprache von Technikgestaltung ist, so wird bereits damit ein Projekt betont, das eher von gesellschaftlicher Teilhabe, dem Streit der Interessen und Argumente ausgeht.

10 Johannes Rau, Wir erneuern Nordrhein-Westfalen - ökologisch und ökonomisch, Regierungserklärung am 10. 6. 1985, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Landesregierung, Düsseldorf 1985, S. 15. Vgl. auch Ulrich von Alemann, Heribert Schatz, Dieter Viefhues, Zielsetzungen und Handlungsfelder des Programms „Mensch und Technik. Sozialverträgliche Technikgestaltung“, Werkstattbericht 1, hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, o. J., (1985).

11 Vgl. ausführlich Ulrich von Alemann, Heribert Schatz u. a., Mensch und Technik: Sozialverträgliche Technikgestaltung. Bestandsaufnahme und Arbeitsperspektiven. Bericht des Projektträgers, Schriftenreihe Sozialverträgliche Technikgestaltung Bd. 1, Opladen 1986 (im Druck).

Wird ein politisches Programm vorgestellt, so ist dies nicht nur ein Beginn, sondern bereits ein politischer Zwischenschritt. Das Spiel der politischen Kräfte geht notwendig in die Programmformulierung ein. Wurden im vorigen Abschnitt die positiven Elemente der Technologieinitiative herausgestellt, so haben diese zuerst einmal nur programmatischen politischen Charakter. Darüber ist sich auch der DGB-Landesbezirk von NRW im klaren: „Ein Programm ‚Sozialverträgliche Technikgestaltung‘⁵ macht nach Meinung der Gewerkschaften nur dann einen Sinn, wenn seine Ergebnisse auf breiter Ebene in Betrieben und Gesellschaft umgesetzt werden und wenn es eng mit der übrigen Forschungs- und Technologiepolitik des Landes, in der der Großteil staatlicher Finanzmittel eingesetzt wird, verzahnt wird ... Da zur Zeit kaum Aktivitäten zur Verzahnung des Programms ‚Sozialverträgliche Technikgestaltung‘ mit anderen Forschungs- und Technologieprogrammen des Landes sichtbar sind, sollten entsprechende Anstrengungen unverzüglich zumindest auf der Ebene der übrigen Teilprogramme der Technologieinitiative vorgenommen werden“.¹²

Hier wird darauf abgestellt, daß durch die Zweiteilung der Technologieinitiative von vornherein keine homogene Strategie realisiert worden ist, sondern noch verschiedene Technologiepolitiken nebeneinander, auch in Konkurrenz stehen. Nicht die gesamte Technologieförderung unterliegt dem Kriterium „Sozialverträglichkeit“. Vielmehr wird die Entwicklung, Diffusion und Anwendung neuer Technologien mit herkömmlichen Maßnahmen vorangetrieben, während davon getrennte Initiativen die soziale Verträglichkeit der Informationstechnologien herstellen sollen - ein Zwiespalt, den es nach wie vor auszuräumen gilt. Die Eingriffsintensität sozialdemokratischer Technikgestaltung in NRW geht noch nicht so weit, daß sie sich letztlich mit ihren progressiven Ansprüchen voll identifizieren kann.

Dennoch enthält die technologiepolitische Variante von NRW insgesamt eine Erfolgsbedingung für die soziale Gestaltung von Technik, die es aufzunehmen gilt: nämlich die politische Bereitschaft der Landesregierung, die Auseinandersetzung um vernünftige Fortschrittsstrategien gesellschaftlich austragen zu lassen. Dem Technokorporatismus der Konservativen wird im Ansatz eine demokratische Alternative entgegengestellt.

Es erhebt sich allerdings die Frage, wer die Auseinandersetzung um und für die sozialverträgliche Technikgestaltung aufnehmen kann. Der wichtigste Träger besteht zweifelsohne in dem vorhandenen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Reformlager, insofern dieses eine eindeutige Position für eine sozialverträgliche Technikgestaltung in der praktischen Politik verfißt. Technikgestaltung in der Tiefe ist als höchst anspruchsvolles Projekt zu begreifen. Eine sozialverpflichtete Technikgestaltung verlangt eben nicht nur technisches Wissen, sondern die Fähigkeit des Denkens in technischen Alter-

¹² Dieter Mahlberg, Zwischenbilanz der gewerkschaftlichen Beteiligung an der Technologieinitiative Nordrhein-Westfalen, Technik und Gesellschaft, Heft 6, hrsg. vom DGB-Landesbezirk NRW, Oberhausen 1986, S.13.

nativen und das Bewußtsein um ihre jeweiligen sozialen Auswirkungen. Einem auf diesem Feld antretenden Reformlager ist also die Anstrengung auferlegt, seine Gestaltungsfähigkeit auszudehnen und die politische Motivation hierfür zu erhöhen. Gedacht werden sollte dabei nicht zuletzt auch an die politischen und Organisationellen Chancen der Integration unterschiedlicher sozialer Gruppen.

Soziale Technikgestaltung ist das Interesse derjenigen, die betriebliche Technisierungsprozesse bisher nur als Gefährdung ihrer sozialen und beruflichen Stellung erfahren konnten, den Facharbeitern und den Technikern, insofern diese langsam erfahren und erkennen, daß es jenseits der technischen auch soziale Herausforderungen gibt. Gelänge diese Interessenverknüpfung, könnte die politische und betriebliche Gestaltungs- und Konfliktfähigkeit für einen sozialen Fortschritt gestärkt werden.

Die Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts des Reformlagers wäre gleichzeitig die Voraussetzung für eine erfolgreiche Kooperation mit dem naturwüchsigen Träger von Technikgestaltung, den Unternehmen. Wenn eine sozialbewußte Technikgestaltung in der Tiefe der betrieblichen Anwendungen als das Spezifikum von NRW innerhalb der Arbeitnehmerschaft arbeitspolitische Durchschlagskraft erhielte, müßten auch die ansässigen Unternehmen lernen, diesen Faktor als ihr spezifisches Plus auf der Haben-seite der Marktbehauptung zu veranschlagen. Technikgestaltung muß durch die Unternehmen gehen. Würden die Unternehmen ihre Erfahrung, daß gerade die Nutzung der informationstechnischen Potentiale nicht ohne Reflexion der betrieblichen Muster von Sozialorganisation möglich ist, ernst nehmen, könnte sich eine für beide Seiten nutzbare Kooperationsbasis ergeben.

Fazit

Auch wenn also zwischen sozialdemokratischem Anspruch auf Technikgestaltung und einer Realität, die noch deutliche Züge klassischer Technikförderung trägt, eine erhebliche Diskrepanz besteht, so handelt es sich um ein produktives Spannungsverhältnis. In NRW wird über sozialen Fortschritt nachgedacht und an ihm gearbeitet. Die bevorstehende Gründung eines „Instituts Arbeit und Technik“ dokumentiert den Willen der Landesregierung, einen weiteren Schritt in Richtung auf eine sozialverträgliche Technikgestaltung zu gehen. Ein erfolgreiches Vorwärtsschreiten hängt aber weniger von staatlichen Maßnahmen ab, so wertvoll diese sein mögen. Gefordert sind die zuständigen sozialen Akteure, in erster Linie die Gewerkschaften.

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften sind sich bewußt, daß die Ziele der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, der menschengerechten Gestaltung der Arbeit und der Verbesserung der Lebensqualität nur dann verwirklicht werden können, wenn die Gewerkschaften selbst ihre Akti-

vitäten und Instrumente systematisch auf diese Zielsetzungen konzentrieren. Das macht in Teilbereichen auch das Überdenken bislang bewährter gewerkschaftlicher Instrumente und ihre Anpassung an die zukünftigen großen Herausforderungen notwendig“.¹³

Eine sozialverträgliche Technikgestaltung wird nur unter der Bedingung zur gesellschaftlichen Realität werden, daß DGB und Einzelgewerkschaften ihre Eingriffsmöglichkeiten auf allen Ebenen kreativ ausloten und praktisch ausschöpfen. Wenn Technikgestaltung durch Gewerkschaften und Arbeitnehmer zum sozialen Fortschrittmotor wird, könnten die Unternehmer und die Regierungen in ihrer Technologiepolitik darüber nicht hinweggehen.

¹³ DGB, Technologie/HdA (Hg.), Arbeit und Technik, Neue Informations- und Kommunikationstechniken, Eine Stellungnahme des DGB, Düsseldorf, o. J. (1985).